

Grenzen und Identität Europas bis zum 21. Jahrhundert

HANS-ULRICH WEHLER

Seit einigen Jahren erweist es sich als ein prinzipielles Dilemma der europäischen Politik, dass sie es bisher vermieden (oder nicht gewagt) hat, die geographischen, kulturellen und politischen Grenzen der Europäischen Union zu fixieren. Das ist in drei Himmelsrichtungen nicht mit Problemen verbunden:

- Nach Westen bildet der Atlantik die Grenze.
- Im Norden ist es nach ihrem Anschluss der Rand der skandinavischen Länder am Eismeer.
- Im Süden ist es das Mittelmeer. Wegen der engen Verbindungen einiger Maghreb-Staaten mit der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich gibt es mit ihnen Präferenzverträge; auch liegt seit Jahren ein Aufnahmeantrag Marokkos vor. Aber jedes nüchterne Interessenkalkül verbietet die europäische Expansion nach Nordafrika, nicht zuletzt wegen des fundamentalistischen Islamismus, der sich dort zusehends ausbreitet, und wegen der anschwellenden Migrantenströme.

Das offene Problem ist die Ost- und vor allem die Südostgrenze. Nach dem Anschluss von acht genuin europäischen Ländern im Frühjahr 2004 steht wegen der fatalen Entscheidung, einem muslimischen, im Zeichen seiner Reislamisierung stehenden Großstaat wie der Türkei die Kandidatenverhandlungen mit dem Ziel des EU-Beitritts einzuräumen, eine prinzipielle Veränderung des Charakters der EU zur Debatte. Gibt sie gegenüber der Türkei nach, gibt es keine überzeugenden Argumente mehr gegen Aufnahmeverhandlungen mit der Ukraine. Mit einem Türkei-

Beitritt würde mithin die Büchse der Pandora geöffnet, denn danach stehen die Ukraine, Weißrussland, Moldawien, die Kaukasus-Staaten usw. auf der Tagesordnung. Es bedarf einer drastischen Grenzenscheidung.

Was die Frage nach den Grenzen Europas zur Zeit so spannend macht, ist die schlichte Alternative, ob das großartige Projekt der wirtschaftlichen und politischen Einheit Europas zu Ende geführt wird oder ob seine Verwässerung in Gestalt einer großen Freihandelszone, die dann auch vom Atlantik bis zum Ural oder bis Wladiwostok reichen könnte und mit Europa im historischen Sinn nichts mehr zu tun hätte, bevorzugt wird. Dafür sind Gegner des ursprünglichen Europa-Projekts wie Großbritannien, Schweden und auch die Vereinigten Staaten jederzeit zu haben; sie streben diese politisch kastrierte Lösung seit langem an, da sie ihnen ökonomische Vorteile, aber keinen weiteren Souveränitätsverlust, den USA keine aufgewertete Konkurrenzmacht Europa einbrächte.

Es mag ja sein, dass diese klare Alternative gegenwärtig schon unterlaufen wird, weil das Engagement für das europäische Projekt in den jüngeren Generationen – die alle seine greifbaren Vorzüge für selbstverständlich halten – bereits sehr gedämpft ist. Die Einsicht, dass Europapolitik nach 1945 einmal das imponierende Ergebnis eines schmerzhaften Lernprozesses war, den die europäischen Völker, nachdem sie sich in zwei totalen Kriegen zerfleischt hatten, durchlaufen haben, scheint zu verblasen. Nach imponierenden Verfechtern des Projekts wie Adenauer und Schuman, Delors und Kohl haben wir seit dem Ende des 20. Jahrhunderts die bisher schwächste Generation von Europapolitikern erlebt, die diesen Generationsunterschied wahrscheinlich schon widerspiegelt.

Diese Spannungslage: Fortschritt zur europäischen Einheit oder Kapitulation vor einer Freihandelszone verleiht der Frage nach den Grenzen und der Identität Europas eine gesteigerte Dringlichkeit, weil sie im politischen Entscheidungsprozess unmittelbar eine Rolle spielt. Ich erörtere einige wichtige Aspekte dieser Polarisierung.

Zuerst einmal muss man sich von der all zu engen Perspektive lösen, es handle sich primär und ausschließlich um klar erkennbare geographische Grenzen (de Gaulle: Europa reicht bis zum Ural) oder um die Grenzen der gegenwärtigen Staaten. Das drängt sich zwar für eine erste Orientierung auf, erfasst aber nicht angemessen die institutionellen, politischen, kulturellen, religiösen, sozialen, wirtschaftlichen Grenzen, innerhalb derer Europa seit 1989/90 wieder besteht und sich von Nachbarn tiefreichend unterscheidet. Auch in den allzu voreilig bestätigten neuen Beitrittskandidaten Rumänien und Bulgarien verläuft die inner- und außereuropäische Grenze mitten durch diese Länder selber. Albanien

steht im Grunde ebenfalls außerhalb Europas. Nur Kroatien könnte über kurz oder lang hinzugerechnet werden.

Diese Fragen verblassen aber alle vor dem Türkei-Problem, da 100 Millionen Muslime die kulturellen und religiösen, politischen und ökonomischen Kräftekonstellationen im derzeitigen Europa mit seinen 450 Millionen Einwohnern von Grund auf verändern würden, ohne dass auch nur von ferne genug kompensatorische Vorteile durch den Beitritt winkten.

Wenn das rein geographische Grenzargument nicht befriedigt, muss die Frage nach Europas Grenzen und damit auch nach seiner Identität neu gestellt werden. Sie lenkt dann auf die konstitutiven institutionellen Unterschiede hin, die Europa von der außereuropäischen Welt, besonders von seinen nichteuropäischen Nachbarn, unterscheiden.

1. Das antike Erbe – und zwar das griechische, römische und jüdische – hat seine prägende Kraft nur in Europa behalten und entfaltet: sei es im Recht, in der Religion, in der Philosophie, im Politikverständnis z.B. in den Erfahrungen mit Republik und Demokratie. Dieses Erbe ist zwar nach Nordamerika, Australien und Neuseeland transportiert worden und hat dort eine vergleichbare Wirkung entfaltet, in den nichteuropäischen Nachbarregionen kam es jedoch nicht zu diesem Transfer. Es ist grotesk, aus den Ruinen griechischer Tempel und römischer Stützpunkte oder aus den von Paulus besuchten jüdischen Gemeinde in Kleinasien auf die antike Prägung ganz Kleinasiens zu schließen, denn vor mehr als 500 Jahren hat die osmanische Besatzungsmacht alle Traditionsbestände mit Gewalt zerstört. Dasselbe gilt für den nordafrikanischen Steppengürtel, in dem sich nicht nur Augustinus, sondern ein Gutteil der römischen Elite bewegt hat, ehe der Vorstoß der muslimischen Araber nach Westen diese Welt ebenfalls zerstört hat.

2. Der Sieg des monotheistischen Christentums hat Europa in *statu nascenti* zu prägen begonnen, als Paulus, das eigentliche welthistorische Individuum in der Sekte des Wandercharismatikers aus Nazareth, die neue Lehre auch den Unbeschnittenen, also der ganzen Welt zugänglich machte, und als der römische Kaiserstaat das Christentum zur Staatsreligion erklärte. Atheisten oder innere Kritiker mögen das Christentum wegen der Kreuzzüge, der Religionskriege, der Inquisition noch so sehr kritisieren, die historische Bilanz fällt dennoch zugunsten der zivilisatorischen Prägekraft des Christentums aus und zwar in seiner katholischen wie in seiner reformatorischen, lutherischen und calvinistischen Variante. Denn die Fähigkeit zur inneren Reformation hat sich als belebender

Impuls bewiesen; den Unterschied demonstriert die Reformunfähigkeit des Islams.

3. Mit dem Entwicklungspotential des Christentums hängt auch die eminent folgenreiche Trennung von Staat und Kirche zusammen. Sie ging aus einem erbitterten Konflikt hervor, aber letztlich wurde ein Caesaropapismus oder ein Sultanismus verhindert. Das Modell einer auf sorgfältiger Trennung beruhenden Koexistenz von Staat und Kirche wurde verwirklicht. Das konstituiert einen fundamentalen Unterschied im Verhältnis zu anderen Religionen, namentlich zum Islam, dessen Idealzustand der universelle Sieg der Scharia bildet. Wie angesichts dieser Orthodoxierung ein Euro-Islam aussehen soll, bleibt vorerst ein Rätsel.

4. Zu einer großen Macht des öffentlichen Lebens in Europa entwickelte sich die Aufklärung. Selbst wenn man ihren unmäßigen Anspruch, schlechthin alles in der menschlichen Welt müsste sich vor dem Richterstuhl ihrer Vernunft rechtfertigen, zurückweist, bleibt doch ihr Sieg wichtig, rationalen Kriterien zu mehr Macht verhelfen zu haben. Mancherorts ist der Aufklärungsgedanke geradezu zu einer Zivilreligion aufgestiegen. Das wurde durch diejenigen Elemente des Christentums, die in dieses Denken eingeflossen sind, erleichtert. Ein klassisches Beispiel ist die Situation in den jungen Vereinigten Staaten, dem „Land der angewandten Aufklärung“ (Ralf Dahrendorf).

5. Unstreitig gibt es Vorläufer der Mathematik oder der Medizin in außereuropäischen Kulturen. Doch nur in Europa und seinen amerikanischen Kolonien hat sich das System der modernen Wissenschaften zu einer beispiellosen Antriebskraft und Macht des öffentlichen wie privaten Lebens entwickelt. Dieser Siegeszug setzte vermutlich die Trennung von Staat und Kirche, zugleich aber den christlichen Imperativ „Macht euch die Erde untertan“ voraus. Als mit der Globalisierung seit etwa 1500 Europas Aufstieg zur Weltgeltung begann, wurde dieser bald auch von den unterschiedlichen Wissenschaften getragen. Es gibt keinen anderen Kulturkreis, der seit der „wissenschaftlichen Revolution“ so durch alle Wissenschaften geformt worden ist wie der Okzident.

6. Beispiele für einen Abenteurer-, Beute- und kleinen Gewerbekapitalismus gibt es an vielen Orten der Erde, doch nur in Europa setzte sich zunehmend ein rational organisierter Erwerbskapitalismus durch, der Gewerbe- und Landwirtschaft durchdrang. Zu dieser Entwicklung gehörte auch die Erfindung zweckmäßiger Organisationen wie der Industriefabrik, des kommerziellen Agrarbetriebs, der Dienstleistungsunter-

nehmen. Auf der Verbindung von kapitalistischem Weltbild und Organisationsleistung beruhte der beispiellose Aufschwung Europas seit dem 16. Jahrhundert, der ihn zum Modernisierungspionier der Welt machte. Dabei kam ihm zustatten, dass es alle essentiellen Rohstoffe und Ressourcen besaß, also keineswegs, wie die Legende Wallersteins vom kapitalistischen Weltsystem es will, von der Ausbeutung der überseeischen Peripherie essentiell abhing.

7. Die Unterschiede zwischen Europa und der nichteuropäischen Welt wurden durch sozialhistorische und politische Eigenheiten vertieft. Nur in Europa entfaltete sich ein Bürgertum, das Städte in autonomer Selbstverwaltung durchsetzte. Von ihm ging ein Gutteil der Motorik des wirtschaftlichen Fortschritts aus, gefolgt von einer zukunftsfähigen politischen Programmatik. Die großen Residenz- und Handelsstädte in Mesopotamien, Persien, Ostasien haben diesen Typus des europäischen Bürgertums nicht hervorgebracht.

8. Ein Unikat ist offenbar auch die tausendjährige Herrschaftselite des Adels, der mit einem hohen Maß an Autonomie das flache Land in Europa, aber auch das Regierungssystem des allmählich entstehenden modernen Staates beherrschte. Zwar gibt es einige Ähnlichkeiten zwischen dem europäischen Feudalismus, in dem adlige Lehensträger von ihrem Oberherrn gegen Treueversprechen mit Land und der Verpflichtung zum Militärdienst ausgestattet wurden, und vergleichbaren Strukturen in Japan und im Osmanenreich. Doch nur in Europa war der Adelsfeudalismus rund 1.000 Jahre lang durchsetzungsfähig.

9. Ebenso ist das freie europäische Bauerntum ein Unikat. Natürlich gab es Regionen, wo die Bauern lange Zeit in Abhängigkeit von Gutsherrn oder Grundbesitzern lebten. Aber daneben gab es faktisch freie bäuerliche Landbesitzer, und seit der französischen Revolutionsgesetzgebung, seit den Reformen in Preußen und in den Rheinbundstaaten entwickelte sich eine bäuerliche private Eigentümergesellschaft.

10. Und – last but not least – ist Europa zusammen mit seinem nordamerikanischen Ableger das große politische Experimentierfeld für die Erprobung des neuen republikanischen Staatstypus gewesen, der auf der Grundlage der Volkssouveränität statt des monarchischen Gottesgnadentums und wegen dieses Anspruchs auf der Demokratie beruhte. Dieser Erfolg wurde durch das Zusammenfließen anderer europäischer Eigenarten ermöglicht, und es hat sich seither erwiesen, wie mühsam und ge-

fährdet der Export dieses Politiksystems in die nichteuropäische Welt ist.

Überblickt man diese institutionellen ideen-, sozial- und politikgeschichtlichen Lösungen und Erfahrungen, erkennt man, dass die Ostgrenze Europas heute ungefähr mit der Ostgrenze Polens, der Slowakei, Ungarns, Rumäniens und Griechenlands übereinstimmt. Nach historischen Kriterien gehören jedenfalls nicht dazu Russland, Weißrussland, die Ukraine, die Türkei, zunächst einmal ungeachtet der Bemühungen in Russland seit Peter dem Großen und in der Türkei seit den Jungtürken um Kemal Atatürk, durch die Verwestlichung ihrer Länder den Abstand zu Europa zu verringern und zu gleichwertigen Mitgliedern zu werden.

Da zurzeit nur der Beitritt der Türkei zur EU zur Debatte steht, erörtere ich erst die wichtigsten türkischen Beitrittsargumente, dann die ausschlaggebenden Gegenargumente aus der Perspektive, das Projekt der europäischen Einheit am Leben zu erhalten.

1. Würde die Türkei beitreten, heißt es, könne die erste erfolgreiche Demokratisierung eines islamischen Landes sichergestellt werden. Dieser Prozess muss aber nicht in der EU ablaufen, deren Unterstützung genügt. Letztlich muss die Türkei aus eigener Kraft diese Veränderung wollen und durchsetzen.

2. Das geostrategische Argument, früher zugunsten des NATO-Stützpfilers, heute des Alliierten in künftigen Nahostkonflikten, ist seit jeher vor allem von Amerika vertreten worden. Leicht wird dabei vergessen, dass schon der erste Irakkrieg 1990 auf heftigen Protest traf: Der Außen- und der Verteidigungsminister sowie der Generalstabschef traten zurück. Im zweiten Irakkrieg verweigerte die Türkei die Teilnahme an einem Rachefeldzug gegen einen muslimischen Nachbarn. Bei kommenden Nahostkonflikten hätte sie es aber nur mit muslimischen Staaten zu tun. Überdies war die osmanische Türkei im Nahen und Mittleren Osten Jahrhunderte lang eine erbittert abgelehnte Kolonialmacht, sodass sie schon deshalb in vielen arabischen Ländern auf Ressentiments trifft.

3. Nur mit Einschluss der Türkei könne Europa zur Weltmacht aufsteigen, von Lappland bis Kurdistan reichend. Diese wilhelminische Großmannssucht hatten sich nach anfänglichem Zögern Schröder, Fischer und Verheugen zu eigen gemacht. Die Argumente kennt jeder Historiker aus der Epoche deutscher „Weltpolitik“ von 1914. Tatsächlich käme aber mit der Türkei, wie auch Erich Reiter, der Beauftragte für Strategische Studien im Wiener Verteidigungsministerium, neulich in der *Neuen*

Zürcher Zeitung (27.3.2007) überzeugend argumentiert hat, ein Staat hinzu, dessen hochentwickelter Nationalismus die Einengung durch gesamteuropäische Interessen verständnislos ablehnt, doch schon wegen seiner Größe als Führungsmacht der EU deren Sicherheitspolitik bestimmen und sie dazu instrumentalisieren würde, als Regionalmacht des Nahen Ostens fungieren zu können. Die Türkei brächte aber auch die Nachbarschaft mit famosen erodierenden oder autoritären Staaten wie Georgien, Armenien, Aserbaidshan, dazu Iran, Irak und Syrien mit sich. Mit ihnen ist ein hohes Konfliktpotential verbunden, das man nicht mit leichtfertiger Beitrittsrhetorik auf sich laden sollte. Überdies würde zu den neuen Konflikten auch die Kurdenfrage gehören. Die Türkei kultiviert eine Phobie gegen kollektive Minderheitenrechte, vielleicht ist das ein Erbe der Zerschlagung des Osmanenreiches seit 1918. 40.000 ermordete Kurden, 4.000 zerstörte Dörfer und 400.000 Flüchtlinge in Zeltlagern und Notunterkünften sind bisher der Preis allein in den letzten Jahren. Das Militär droht immer wieder mit der Intervention in der nord-irakischen Autonomiezone der Kurden, die als böses verlockendes Vorbild für die türkischen Kurden gilt. Nur das amerikanische Veto wirkt noch als Bremse.

4. Ein grundsätzliches Argument, etwa des Münchner Soziologen Ulrich Beck, läuft darauf hinaus, dass die Globalisierung ohnehin alle nationalen Grenzen verflüssige, die angesichts dieser Dominanz transnationaler Prozesse nichts mehr taugen. Das ist ein Denkfehler, da es diese Automatik nicht gibt. Man sollte sich diesen Prozess vielmehr stufenförmig vorstellen. Die EU verkörpert als historisch neuartiger Staatenbund eine solche Stufe, beruht aber auf der Inklusion europäischer und der Exklusion nichteuropäischer Staaten wie der Türkei, Marokkos, Russlands, Israels.

5. Das ökonomische Argument beschwört die Aufnahmemöglichkeiten eines großen Marktes in der Türkei. Faktisch sind aber auch für Deutschland entwickelte Länder die besten Kunden. Nicht zufällig gehen zwei Drittel des deutschen Exports in die EU-Länder.

6. Die türkischen Argumente liegen auf der Hand: Der Anschluss an die Finanzressourcen der EU gestattet ohne eigene Steuererhöhung die Bedienung der Klientel mit Hilfe der Vorbeitritts Hilfen, das sind 150 Millionen Euro jährlich; der Agrarsubventionen in der Höhe von jährlich 11 Milliarden Euro; der allgemeinen Subvention nach dem Beitritt in Höhe von 40 Milliarden, wovon 10 Milliarden auf den größten Nettozahler Deutschland entfielen. Das europäische Prinzip der Religionsfreiheit

schützte dann auch die Islamisierung und den Fundamentalismus. Das Militär soll entmachtet werden, darauf beharrt die EU. Es war aber auch immer der Hüter des Kemalismus und seiner laizistischen Republik. Der Beitritt garantiert eine lange Serie von Wahlsiegen als Belohnung. Für die türkische Regierung ist keine überlegene Alternative in Sicht.

Diesen Argumenten hätte der Verheugen-Bericht, der die prinzipielle Beitrittsfähigkeit der Türkei bestätigte, zahlreiche Einwände entgegenhalten können. Aber es handelt sich um einen der schlampigsten Berichte in der EU-Geschichte. Der Bericht hätte die 2.000 jährlichen Folterfälle monieren müssen, die Amnesty International ermittelt hat; die der europäischen Rechtsvorstellung krass widersprechende Behandlung der Frauen: zum Beispiel die von Eltern vereinbarten Kinderehen; zwei von drei Männern zahlen Brautgeld und betrachten die Frau als Eigentum; jede zweite Frau wird ohne Einwilligung verheiratet; jeder zehnte Mann hat mindestens zwei Frauen; jede fünfte Ehe wird nur in der Moschee geschlossen, ist zivilrechtlich unverbindlich und kann jederzeit vom Mann aufgelöst werden.

Die diskriminierten christlichen Minderheiten gelten als Stiftungen unter der Aufsicht des islamischen Stiftungsrats. Sie als Körperschaft des öffentlichen Rechts anzuerkennen wird immer wieder verweigert, wie etwa 2002 gegenüber dem Vatikan. Ihr Immobilienbesitz ist beschlagnahmt worden. Geistliche müssen als Konsulatsbeamte fungieren, dürfen erst recht nicht in der Türkei ausgebildet werden.

Der strafrechtliche Schutz eines nationalistisch überhöhten Türkentums, der zu zahlreichen Prozessen gegen kritische Intellektuelle geführt hat, soll noch immer nicht aufgehoben werden, so Erdogan selber in einem *Spiegel*-Interview vom 16. April 2007.

Bereits die Erwähnung des Genozids an 1,5 Millionen Armeniern kann zu drei Jahren Zuchthaus führen. Noch immer weigert sich die offizielle Türkei, diesen staatlich organisierten Massenmord anzuerkennen.

Die angeblich laizistische Republik hat unter Erdogan das staatliche Religionsministerium mit 180.000 Mitarbeitern beibehalten, die das religiöse Leben, auch der Auslandstürken, steuern. 60.000 neue Imame mit staatlicher Alimentierung sind von der AKP-Regierung eingesetzt worden. Die Absolventen der Vorbeterschulen können ohne die Prüfung, die alle anderen jungen Törkinnen und Törken ablegen müssen, die Universität besuchen.

Die erleichterte Einbürgerung der sog. „erweiterten Familienmitglieder“ aus den Turkvölkern in Usbekistan, Kirgisien, Kasachstan usw. ist nicht kritisch kommentiert worden. Sie wird großzügig gehandhabt und kann zu einem erheblichen Zustrom führen. Wer kontrolliert ihn? Schon

deshalb kann es leicht noch mehr als 90 Millionen Türken bis 2014 geben.

Zu diesen von der EU bisher blind oder großzügig übergangenen Schwachpunkten kommt nun eine Reihe von schwerwiegenden Einwänden genereller Natur hinzu.

1. Die genuin europäische Einheit einer künftigen EU wird durch die Aufnahme eines nichteuropäischen kleinasiatischen Großstaats mit 2014 etwa 90 Millionen Muslimen torpediert.

2. Ein Beitritt der Türkei bescherte der EU einen klassischen „Imperial Overstretch“, eine strategische Überdehnung aller Ressourcen nach der Aufnahme zehn neuer Staaten, denen Rumänien, Bulgarien und wahrscheinlich Kroatien bald folgen werden. Jedes Kosten-Nutzen-Kalkül ergibt riesige Nachteile eines Türkeibeitritts, aber keine ausgleichenden Vorteile.

3. Die ökonomischen Probleme sind gewaltig: Die Türkei erwirtschaftete 2003 20, 2005 24 Prozent des europäischen Bruttosozialprodukts; die Inflationsrate ist mühsam unter 40 Prozent gedrückt worden; ein Drittel der Bevölkerung gehört nach dem Scheitern der kemalistischen Bildungspolitik noch zu den Analphabeten; ein Drittel der Erwerbstätigen arbeitet als Zwergbauern auf einer kärglichen Subsistenzwirtschaft.

4. Die Migrationsprobleme sind durchaus bedrohlich. Die Bundesrepublik hatte von 1950 bis 2000 die weltweit höchste relative Zuwanderungsrate, darunter waren drei Millionen Türken. Die türkische demographische Wachstumsrate betrug bisher jährlich 3,4 Prozent. Falls man nur 2,5 Prozent zugrunde legt, gibt es bis 2014 90, bis 2020 100 Millionen Türken. Demirel hat einmal Helmut Schmidt gegenüber geäußert: Wir müssen 15 Millionen Türken exportieren. Freizügigkeit ist in der EU nur für kurze Zeit aufschiebbar.

5. Bisher ist die Assimilation der Türken in der Bundesrepublik weithin gescheitert. Das Beispiel Berlin, der größten türkischen Stadt in Europa, zeigt das auf dramatische Weise. Im Herbst 2002 und 2003 konnten jeweils 94 Prozent aller Erstklässler aus türkischen Familien kein Wort Deutsch. 66 Prozent aller 15- bis 25-jährigen jungen Türken sind arbeitslos, da sie weder die Sprachkompetenz noch einen Schulabschluss besitzen. Die allgemeine Zahl türkischer Arbeitsloser liegt doppelt so hoch wie unter Deutschen, in Berlin bei 40 Prozent. Die Anzahl der Sozialhilfeempfänger ist dreimal höher als der türkische Anteil an der Be-

völkerung. Die Rente wird wegen Berufsunfähigkeit vom 50. Lebensjahr in Anspruch genommen, ein vernünftiges Verhältnis zwischen Ein- und Auszahlung besteht nicht. Die dritte Generation, bei der man von einer fortschreitenden Assimilation ausging, hat weithin den Rückzug in eine türkisch-islamistische Subkultur angetreten. Die Assimilierung würde erst recht bei einer weiteren Zuwanderung aus einem EU-Mitglied Türkei stocken.

6. Das demographische Argument: Wenn die Deutschen keine Kinder mehr haben, brauchen sie Zuwanderer, um zum Beispiel die Sozialsysteme zu stabilisieren, führt im Falle der Türken in Deutschland in eine Sackgasse. Denn diese türkische Minderheit ist bereits jetzt ein finanzielles Zuschussunternehmen, so das Berliner Institut für Demographie. Die dritte Generation zahlt weit weniger ein als die zweite, sie erhält wegen der grassierenden Arbeitslosigkeit sogar noch mehr Transferzahlungen als die zweite.

7. Besonders strittig ist das Gegenargument, dass zwischen Europa und der Türkei die Grenze zweier Kulturkreise verläuft, denn das Osmanenreich und die Türkei als islamische Länder haben nie zu Europa gehört. Besonders heikel ist jetzt der Umstand, dass von den sieben großen Weltreligionen nur der Islam eine fundamentalistische Feindschaft gegen den Westen entwickelt hat. Und dieser fundamentalistische Islam ist die politische Pest des 21. Jahrhunderts wie das der Nationalsozialismus und Bolschewismus im 20. Jahrhundert waren.

Dagegen betont die Politik der gegenwärtigen Türkei die „Wertegemeinschaft“. Aber empirisch hat eine Umfrage großer soziologischer Institute für 2006 ergeben: In der EU sind zehn Prozent für eine Rolle der Religion in der Politik, in der Türkei 68 Prozent, mehr als zwei Drittel. Die Demokratie halten in Europa 85 Prozent für das überlegene politische System. In der Türkei sind wiederum zwei Drittel für eine autoritäre Führung, wie das der gesamten historischen Tradition entspricht. Und der große Test auf die angebliche Wertegemeinschaft bleibt die Einstellung zum Armeniemord. Natürlich wird einem sofort der Holocaust entgegengehalten. Aber hätte auch nur ein einziger Staat die Bundesrepublik mit der Feuerzange angefasst, wenn sie Auschwitz geleugnet und die Wahrheit mit Gefängnis bestraft hätte? Kurzum: Eine tiefgreifende soziokulturelle Divergenz besteht weiter, und es ist schiere Ignoranz, sich mit geopolitischen Thesen darüber hinwegzusetzen.

8. Woher nehmen die protürkischen europäischen Politiker in ihrer Arroganz die Gewissheit, dass eine islamistische Partei, die zu zwei Drit-

teln aus Erbakans fundamentalistischer Wohlfahrtspartei (wie auch Erdogan und Gül) hervorgegangen ist, die umfassende Europäisierung wirklich auf Dauer vorantreiben will?

9. Falls wider alle politische Vernunft und gegen das wohlverstandene Eigeninteresse der EU dennoch 2014/15 ein Beitritt erfolgte, wie er Mitte April 2007 im ultimativen Ton des Palavers auf dem Basar von der Regierung Erdogan gefordert worden ist, entsteht ein riesiges Demokratiedefizit. Die jährlich regelmäßig erhobenen Allensbacher Umfragen ergeben, dass, wie auch in Frankreich, Holland, Österreich, 66 bis 70 Prozent gegen einen Beitritt, nur 12 Prozent dafür sind. Politik soll demoskopischen Umfragen nicht sklavisch folgen. Aber wann und wo ist für den Beitritt der Türkei zu Europa überzeugend geworben worden? Wie wollen sich Brüssel und die Regierung über Zweidrittelmehrheiten und die drohende Abstimmungsniederlage, denn Einstimmigkeit bleibt ja bei der Neuaufnahme eines EU-Mitglieds vorgeschrieben, hinwegsetzen? Träte die Türkei der EU bei, wäre sie sofort der größte EU-Staat mit den üblichen Führungsansprüchen. Sie stellte sofort die größte Fraktion im Straßburger Parlament, denn eine Aufteilung der islamischen Abgeordneten auf Christdemokraten und Sozialdemokraten wäre ganz unwahrscheinlich. Sie würde Druck zugunsten politischer und finanzieller Sonderleistungen ausüben, z.B. das entscheidende Wort zur Nahost-Politik beanspruchen.

10. Als Folge des Beitritts würde die Euro-Skepsis weiter steigen, da mit der Missachtung des Widerstands dagegen auch das Ideal des mündigen Bürgers missachtet worden wäre. Zudem wäre die Generationengerechtigkeit krass verletzt worden, da künftigen Generationen endlose Belastungen ohne überzeugende Gegenleistungen zugemutet würden.

Eine Schlussfolgerung drängt sich erneut auf: Politisch ist es für die EU längst geboten, die dürre Alternative zwischen Vollmitgliedschaft und der als stigmatisierend empfundenen Außenseiterrolle zu überwinden. Stattdessen müsste ein Dutzend unterschiedlicher Stufen entwickelt werden, um Nähe und Entfernung zur EU auszudrücken. Auch im Verhältnis zur Türkei erweist sich diese Alternative wieder als schwerwiegender Mangel. Das Angebot der „privilegierten Partnerschaft“ ist ein spät unternommener Anlauf, diese Starrheit aufzulockern. Aber da längst der hochgradig reizbare türkische Nationalismus sich an den Beitritterfolg geheftet hat, ist eine pragmatisch verbesserte Partnerschaft, die zur Zeit ja schon viele Züge einer privilegierten Partnerschaft besitzt, nurmehr schwer zu etablieren, bleibt aber die einzige realistische Alternative zum Beitritt. Die politische Maxime muss daher lauten: Nicht was

gut ist für die Türkei, besitzt den Vorrang – wie manche Politiker uns glauben machen wollen –, sondern was gut ist für die politische Union Europas und für die Bundesrepublik.

Bismarcks Imperativ, auch in der Nahostpolitik, lautete bekanntlich: Es steht großen Staaten nicht an, anders als nach Maßgabe ihrer Interessen zu handeln. Das Schwergewicht vitaler Interessen, die mit dem unvollendeten Projekt einer genuin europäischen Union verbunden sind, spricht gegen den Türkei-Beitritt. Weder Brüssel noch Berlin sollten diese vitalen Interessen und damit auch die historischen Grenzen und die Identität Europas verraten.